Pressemitteilung vom 07.04.2010

In kleinen Schritten zu neuen Regeln: IASB schlägt neue Standards vor. Rohstoffunternehmen schwächten Inhalte ab - auf Kosten der Bevölkerung

Das *International Accounting Standards Board* (IASB) hat gestern einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Berichts- und Rechnungslegungsstandards in der Erdöl-, Erdgas- und Bergbauindustrie getan. Allerdings sagen Experten der rohstoffffördernden Industrie, dass der ursprüngliche Vorschlag durch den Druck von Unternehmen abgemildert wurde. Was gestern Abend vorgelegt wurde, reicht jedoch noch nicht aus, um Investoren und BürgerInnen rohstoffreicher Länder Zugang zu notwendigen Informationen zu ermöglichen.

In ihrem formalen "*Discussion Paper*" für einen neuen Standard in der rohstoffffördernden Industrie untersucht das wichtigste Gremium für weltweite Rechnungslegungsstandards verschiedene neue Berichtanforderungen für Reserven, Produktion und Kosten. Das Diskussionspapier ist ein wichtiger Schritt in der Reform der IASB Standards, so wird darin u.a. der Vorschlag behandelt, durch Unternehmensinformationen auf Länderbasis (country-by-country) für größere Transparenz zu sorgen. Bisher werden nur zusammengefasste Informationen für Regionen oder Unternehmensaktivitäten veröffentlicht.

Trotzdem schreckt das IASB Projektteam davor zurück, eindeutige Vorgaben für diese länderspezifische Offenlegung der Zahlungsflüsse vorzugeben. Dadurch greift die notwendige Weiterentwicklung der Rechnungslegungsstandards zu kurz, da sie Investoren und BürgerInnen nicht die Informationen zur Verfügung stellt, die benötigt werden, um Risikoanalysen durchzuführen und eine verantwortungsbewusste Verwaltung der Gelder einfordern zu können.

Während das IASB Projektteam behauptet, dass solche Verbesserungen weitere Studien erfordern, um etwaige Kosten bemessen zu können, erhält die Forderung nach einer länderbasierten Rechnungslegung zunehmend Unterstützung von Gruppen, die darin große Vorteile sehen. Dazu gehören auch Investoren, die die Detaillierung der Zahlungen benötigen , um das Risikoprofil von Unternehmen und ihren Aktivitäten in bestimmten Ländern beurteilen zu können.

Bennett Freeman von *Calvert Investments* sagte dazu: “Calvert hat sich in den Gesprächen mit dem IASB eindeutig für eine länderbasierte Offenlegungspflicht ausgesprochen. Diese ist nicht nur für eine effektive Projekt- und Unternehmensevaluierung in Hochrisikoindustrien notwendig. Diese Ebene der Offenlegung wird Unternehmen auch dazu anhalten für eine langfristige und nachhaltige Wertschöpfung zu arbeiten."

"Die Behauptung, dass wirkliche länderbasierte Berichtspflicht zu teuer ist, ist sehr kurzsichtig," sagt Vanessa Herringshaw vom *Revenue Watch Institute*. "Jedes *upgrading* des Berichtssystems ist mit Mehrkosten verbunden, aber für Investoren wird es sehr viel teurer, wenn sie nicht über die entsprechenden Instrumente verfügen, um Risiken in dem volatilen Erdöl-, Erdgas- und Bergbausektor

einschätzen zu können. Falls die Finanzkrise uns etwas gelehrt hat, dann das Transparenz und Rechenschaftspflicht für die Stabilität der Wirtschaft zentral sind."

Mehrere Beobachter der Industrie schätzen, dass die Kosten für die länderbasierte Berichtspflicht eher gering ausfallen werden. „Die Unternehmen verfügen bereits über diese Informationen, da sie sie für die jeweilige Berechnung der nationalen Steuerzahlungen benötigen," sagt Richard Murphy von *Tax Research LLP*. "Es wird einige zusätzlicher Auditierungskosten bedürfen, aber die werden gering sein im Vergleich zu den Profiten, die die Unternehmen machen und den Vorteilen für Investoren, Gesetzgebern und Stakeholdern – all diese werden das Geschäft, mit dem sie zu tun haben, besser verstehen."

Murphy fügte hinzu, dass auch die Steuerbehörden ländespezifische Daten brauchen, um Informationen über das globale Profil des Unternehmens beurteilen zu können und sicherzustellen, dass diese ihre Abgaben in richtiger Höhe und am richtigen Ort leisten. „Die Nachweispflicht muss bei den Unternehme liegen, um zu zeigen, dass ihr Widerstand gegen den Vorschlag nicht auf ihrer Weigerung, ihre Steuerprofile zu veröffentlichen, resultiert.

"Die Bürgerinnen und Bürger der rohstoffreichen Länder haben ein Recht zu erfahren, wieviel ihre Regierung aus dem Verkauf der Abbaurechte und den anfallenden Steuern einnimmt. Nur so können sie ihre Regierungen überprüfen. Denn bisher kommen die Gelder in vielen Ländern nicht bei der armen Bevölkerung an. Die Kosten für fehlende Informationen haben daher im Endeffekt die Menschen in den rohstoffreichen Ländern zahlen. Der selbstgewählte Auftrag des IASB ist es, Standards zu entwickeln, die dem öffentlichen Interesse dienen. Sie sollten die Interessen der Unternehmen nicht über die der Bevölkerung stellen," fordert Heidi Feldt vom *Global Policy Forum Europe*

Das Diskussionspapier wird vier Monate zur öffentlichen Debatte stehen. In dem Zeitraum können Stakeholder ihre Kommentare zu den Vorschlägen einbringen. Der IASB wird diese Beiträge für seine letztendliche Entscheidung nutzen, ob die rohstoffffördernde Industrie in ihre formale Standardsetzung integriert wird und wie der Inhalt einer neuen Rechnungslegungspflicht aussehen soll. Falls der IASB genügend Zustimmung für diesen Ansatz erhält, kann er sich dann immer noch eine länderspezifische Berichterstattung entscheiden.

Die internationale Publish What You Pay Kampagne, Revenue Watch, das Tax Justice Network und Investorengruppen unterstützen die Forderung nach einer länderspezifischen Informationspflicht, die die Interessen der Menschen der rohstoffreichen Länder und der Investoren über jene der Erdöl- und Bergbauindustrie stellt.

Das Diskussionspapier finden Sie auf der IASB Website
www.iasb.org/Current+Projects/IASB+Projects/Extractive+Activities/Discussion+Paper

Kontakte:

Heidi Feldt, Global Policy Forum (Mitglied von PWYP International), 030-86395460, H.Feldt@t-online.de

Vanessa Herringshaw, Revenue Watch Institute: +44 7900 492631 / vherringshaw@revenuewatch.org

Richard Murphy, Tax Research LLP: +44 7775 521797 / richard.murphy@taxresearch.org.uk

Joseph Williams, Publish What You Pay, +44 7775 751 170 / jwilliams@publishwhatyoupay.org

Das Global Policy Forum beobachtet und analysiert die Politik der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedsstaaten. GPF setzt sich dafür ein, dass multilaterale Politik im Rahmen der Vereinten Nationen gestärkt, transparenter gemacht und an den Zielen einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Entwicklung ausgerichtet wird. www.globalpolicy.org

The Revenue Watch Institute is a non-profit policy institute and grantmaking organization that promotes the responsible management of oil, gas and mineral resources for the public good. See www.revenuewatch.org

Tax Research LLP undertakes work on taxation policy for a wide range of clients including commercial organisations, governments and aid agencies in the UK and abroad. See: www.taxresearch.org.uk

Publish What You Pay (PWYP) is a global civil society coalition with over 300 member groups which work together for greater transparency and accountability in the oil, gas and mining industries. See www.publishwhatyoupay.org

Tax Justice Network (TJN) is an independent organization launched in the British Houses of Parliament in March 2003. It is dedicated to high-level research, analysis and advocacy in the field of tax and regulation. See: www.taxjustice.net